



Liebe Mitbürgerinnen,
liebe Mitbürger,

am 10. und 11. August steht Maxhütte-Haidhof ganz im Zeichen des 3. Bürgerfestes.
Dazu lade ich Sie recht herzlich ein.

Für ein Wochenende verwandeln sich die Straßen und Plätze zwischen Stadtpark und Rathaus wieder in eine riesige Party-Landschaft, die zum ausgedehnten Rundgang einlädt.

Wir alle, Stadtrat, Stadtverwaltung, Bürgermeister, Vereine und Organisationen freuen uns mit Ihnen zusammen auf zwei erlebnisreiche Tage. Eine Mixtur der Extra-klasse aus Kultur, Spiel und Spaß für alle Altersgruppen und jeden Geschmack wird sicher begeistern.

Nutzen Sie das umfangreiche Veranstaltungsangebot an den fünf Hauptbühnen und an den vielen kleineren Bewirtungspunkten, zu denen Sie unsere Maxi-Maus gerne begleiten wird. Genießen Sie auch eine Fahrt mit der Bürgerfest-Lokomotive und beobachten Sie in Ruhe das bunte Treiben um Sie herum.

Auch an die Kleinen ist gedacht. Kinderkarussell, Malstraße, Kindereisenbahn, Kreativstand, Kletterwand und vieles mehr erwartet unsere jüngsten Gäste.

Das 3. Bürgerfest verspricht damit erneut ein Hochfest für Jung und Alt, vor allem für unsere Familien zu werden. Dieses Großereignis kann zwar von der Stadt organisiert, aber nur dann ein Erfolg werden, wenn unsere Vereine das Fest tragen.

Ein Fest „der Bürger, für die Bürger“ soll es wieder werden. Ich bin zuversichtlich, dass dies gelingt und danke bei dieser Gelegenheit auch allen Anwohnern am Bürgerfest für das Verständnis, dass es eben an zwei Tagen etwas turbulent im Zentrum unserer Stadt zugeht.

Ihnen allen, aber besonders den Kindern, wünsche ich viele schöne und frohe Stunden am Bürgerfest. Unsere Stadt, unsere Vereine, alle Mitwirkenden am Bürgerfest, werden sicher wieder unserem Logo gerecht, das heißt, „Maxhütte-Haidhof, alles spricht dafür“.

Ihr
Detlev Richter

Sitzung des Stadtrates am 01. August 2002

Bericht des Vorsitzenden

Die letzte Sitzung des Stadtrates fand am 20. Juni statt. Ich darf Sie an die Kernpunkte der Tagesordnung erinnern.

Es waren dies **Zustimmung** zum Neubau eines evang. Kindergartens mit zwei Gruppen in der geänderten Planung und Finanzierung sowie das Raumprogramm der Grundschule.

Zu den von der CSU und den Freien Wählern aufgeworfenen **Fragen** haben wir inzwischen Untersuchungsaufträge erteilt. So liegen gegenwärtig bereits die **schalltechnischen und die elektromagnetischen Untersuchungsergebnisse vor**. Es hat ein Fachstellengespräch stattgefunden, in dem uns ohne Ausnahme **Zustimmung** für den neuen Standort signalisiert wurde.

Die letzten Wochen waren geprägt von den Sitzungen des Finanzausschusses zum Haushalt 2002.

Kurz gefasst weitere Aktivitäten:

Geh- und Radweg B 15 bei Ponholz

Besprechung am 25. Juni mit den Anliegern im Bereich der Alten Post.

Zweckverband Regental 27. Juni

Der ehemalige Bürgermeister des Marktes Regenstauf **Hans Zelzner** wurde in seiner Funktion als Verbandsvorsitzender verabschiedet. Ich war bei dieser Festveranstaltung. Hans Zelzner haben wir es zu verdanken, dass die seinerzeitigen Verhandlungen zum Anschluss an das Großklärwerk Regensburg als Abwassergast für Maxhütte-Haidhof reibungslos erfolgten. Es ist Hans Zelzner auch zu verdanken, dass seit langen Jahren ein sehr offenes und herzliches Verhältnis die Kontakte nach Regenstauf bestimmt.

Schloss Pirkensee 08. Juli

Besichtigung des Schlosses und Inaugenscheinnahme der Instandsetzungsarbeiten durch den Stadtrat zusammen mit der Familie Göbel.

Tag der offenen Tür 14.Juli

Beeindruckend war die Anzahl der Besucher und das Interesse am neuen Wasserwerk.

Mittelstandszentrum 17. Juli

Die alljährliche Gesellschafterversammlung fand statt. Das Jahresergebnis 2001 hat sich erheblich verbessert und wäre noch besser ausgefallen, wenn es nicht zur Insolvenz des Telezentrums gekommen wäre.

ROEK 15. Juli

Das raumordnerische Entwicklungskonzept ist nun fertiggestellt und soll alsbald vorgelegt werden. Eine Umsetzungsstrategie haben die Bürgermeister im Städtedreieck mit dem Entwurfsverfasser besprochen.

Grundschule und Mehrzweckhalle

Zu einem **Fachstellengespräch** habe ich am 23. Juli geladen. Dabei hat das Büro UTP das schalltechnische Gutachten vorgestellt und Aussagen zur elektromagnetischen Strahlung gemacht. Kurz gesagt, es kristallisiert sich ein Planbereich heraus, der weder von Lärm noch von elektromagnetischen Wellen belastet ist.

Bahnhof 30. Juli

Startgespräch für das Projekt "Erneuerung der Bahnsteige und Untertunnelung". In diesem Jahr wird die Planung erstellt. Baubeginn könnte nächstes Jahr sein.

Wasserschutzgebiete

Am 30. Juli fand eine Besprechung wegen der Vereinbarungen mit den Landwirten in Regenstauf statt. Das Ergebnis der Besprechung wird uns im Stadtrat noch beschäftigen.

Bürgerfest 10./11. August

Auf Hochtouren läuft derzeit die Organisation in der Stadtverwaltung und in den Vereinen. Ich würde mich freuen, wenn Sie alle vollzählig zur Eröffnung am Samstag um 15.00 Uhr beim Rathausvorplatz erscheinen könnten.

Baustellenbericht

Bahnhofvorplatz

Baumaßnahme **P + R-Anlage** ist abgeschlossen. Es fehlt noch der Übergang Gleisanlage. Dazu steht noch die Genehmigung des Eisenbahn Bundesamtes aus. Beim **Bahnhofvorplatz** sind die Arbeiten bis auf Markierungs- und Beschilderungsarbeiten abgeschlossen. Wir haben die Verlegung der **Bushaltestelle** an den neuen Standort gefordert. Die RVV wird nun zusammen mit der Verkehrsbehörde die Beschilderung festlegen und dann die neue Bushaltestelle eröffnen.

Wegen der **Erneuerung der Bahnsteige** und der **Untertunnelung** hat es ein Startgespräch gegeben. Die Planungsaufträge für die Bahnsteige und die Untertunnelung sind bereits vergeben. Der Projektsteuerer hat darüber informiert, dass die Maßnahme erst im nächsten Jahr begonnen wird. Das Architekturbüro wird Kontakt mit den betroffenen Anliegern zwischen der Bahnstrecke und der Schillerstraße aufnehmen.

Wegen des **Erwerbs des Bahnhofes** haben wir nun in Absprache mit dem Haupt- und Finanzausschuss an die Bundesbahn ein neues Angebot unterbreitet.

Die Fachstellen haben Zustimmung signalisiert. Wenn nun in einem nächsten Schritt Gebäudegrenzen festgelegt werden, so können wir auch die bergrechtlichen Untersuchungen vorantreiben. Gegenwärtig erörtern wir ein Angebot zur Untersuchung der Schulwege unter dem Überbegriff "Schulwegsicherheit".

Am 25. Juli hat erstmals wieder der **Arbeitskreis Grundschule und Mehrzweckhalle** getagt. Die Architekten haben dort erklärt, dass sie nach der Auftragerteilung durch den Stadtrat im **Oktober einen ersten Entwurf** mit Gebäudegrenzen vorlegen werden. Im November wird dann ein städtebaulicher Vorentwurf erstellt und im Dezember wäre dann mit einem Vorentwurf zur Grundschule und Mehrzweckhalle zu rechnen.

Ganzjahresbad 29. Juli

Sehr ernüchternd war für uns alle im Städtedreieck eine Information des Architekten und der Fachprojektanten. Auf Grund neuer technischer Vorgaben muss bei einem Erlebnisbad dieser Größenordnung mit Kosten von ca. 14 Mio. € bei einem 50 m Becken und 11,6 Mio. € bei einem 25 m Becken gerechnet werden. Die Kosten haben sich damit verdoppelt, weil die gesamte Technik wegen verschärfter Vorschriften erneuert werden muss.

Freibad Tegelgrube

Das Badewasser wird vom Gesundheitsamt laufend untersucht. Es ist einwandfrei und zum Baden uneingeschränkt geeignet. Der Zulauf wird mit Grubenwasser gespeist. Das Wasser hat einen sehr niedrigen pH-Wert und ist deshalb "sauer". Um es etwas zu neutralisieren, musste es im Frühjahr auf Vorgabe des Wasserwirtschaftsamtes gekalkt werden. Während im Frühjahr der pH-Wert bei 3,5 lag, konnte durch die Kalkung ein Wert von 6 erreicht werden. Bei 7 spricht man von neutralem Wasser.

Das Wasser kann, wie bisher, zu **Hautreizungen** führen. Deshalb wurde ein Hinweisschild am Eingang des Bades mit dem Text angebracht:

**"Liebe Badegäste,
wir weisen Sie darauf hin, dass es aufgrund des niedrigen pH-Wertes der Tegelgrube bei empfindlicher Haut zu leichten Hautreizungen kommen kann!
Stadt Maxhütte-Haidhof"**

Stadtratsitzung

Die nächste planmäßige Sitzung des Stadtrates habe ich für den **26. September** vorgemerkt. Finanzausschuss 17., Bauausschuss 18. September.

Bundestagswahl

Sonntag 22. September

Arbeitskreis Städtedreieck

1. Oktober, 18.00 Uhr in Teublitz

Gemeinsame Stadtratsitzung Burglengenfeld, Maxhütte-Haidhof und Teublitz

Diese ist vorgemerkt für Dienstag, den 22. Oktober in Burglengenfeld zum Thema "Raumordnerisches Entwicklungskonzept - Abschlussbericht".

Nachdem heute die **letzte Sitzung vor der Sommerpause** stattfand, wünsche ich Ihnen allen eine erholsame Zeit. **Ich selbst bin vom 12. August bis zum 08. September in Urlaub.**

Spülung der Wasserleitungen

Das neue **Impulsspülverfahren** hat sich bewährt. Wir haben im Stadtgebiet **7 Problemzonen**. Von dort ausgehend haben wir das umliegende Netz und auch die Zuleitungen zu den Hochbehältern gespült. Am Freitag, den 02. August werden die Arbeiten abgeschlossen. Sollte es wiederum zu **Verunreinigungen** kommen, so bittet das Bauamt eindringlich, diese **sofort zu melden**.

Das Wasserwerk bedankt sich ausdrücklich bei allen Bürgerinnen und Bürgern für das Verständnis, das sie während der schwierigen Tage gezeigt haben, besonders an den Tagen, an denen das Wasser abgesperrt werden musste.

Schulhäuser

Mit Ferienbeginn laufen die allgemeinen Unterhaltsmaßnahmen in den Schulhäusern Maxhütte, Rappenbügl und Leonberg an.

Straßensanierung

Der Bauhof hat in der **Heldstraße** schadhafte Bordsteine ausgetauscht und ist gegenwärtig in Absprache mit dem Bauausschuss dabei, in der **Imigstraße** einen Gehsteig auf der Seite der Wohnanlage durch einen Parkstreifen zu ersetzen.

Tagesordnung

Einzelhandelsgroßprojekte im Städtedreieck; Naabtalcenter Burglengenfeld, Erweiterung des Bau- und Gartenmarktes um eine Gartenfläche von 2000 qm - Antrag der NAC-Immobilien-Verwaltungs GmbH & Co Naabtalcenter KG

Bgm. Detlev Richter informierte über ein Gespräch bei der Höheren Landesplanung, Regierung der Oberpfalz in Regensburg. Dieses Gespräch habe noch einen erheblichen Informationsbedarf ergeben. Er beantragte deshalb, den Tagesordnungspunkt von der Beratung und Beschlussfassung abzusetzen.

Der Stadtrat entsprach diesem Antrag.

Meßnerskreith; Einbeziehungssatzung wegen Ortsrandbebauung am Josefiweg - Einleitung des Verfahrens durch Plannungsauftrag

Sachverhalt:

Am Josefiweg in Meßnerskreith wurden Bauparzellen gebildet. Ein Baurecht für diese Parzellen geht zurück auf eine Teilungsgenehmigung, die seinerzeit Baurecht geschaffen hat.

Nun wurde eine weitere Bauparzelle veräußert. Das Landratsamt lehnt eine Bebauung ab, weil das Grundstück im Außenbereich liegt. Es hat sich herausgestellt, dass die seinerzeitige Teilungsgenehmigung nur eine Gültigkeit von drei Jahren besitzt. Dieser Zeitraum ist bereits abgelaufen.

Beschluss:

Für die Baugrundstücke am Josefiweg wird eine Einbeziehungssatzung erlassen. Das Büro Preihsl & Schwan ist zu beauftragen, dafür die notwendigen Pläne und Erläuterungsberichte zu erstellen. Mit den beteiligten Grundstückseigentümern ist eine Kostenübernahmeregelung zu treffen.

25 : O

Antrag Freie Wähler; Wohnanlage Bahnhofstraße, Sanierung der Innenhofflächen und Neugestaltung der Grünanlagen incl. Parkplätze

Sachverhalt:

Der Antrag lag allen Stadträten vor.

Beschluss:

Das Bauamt erstellt einen Entwurf und eine Kostenschätzung, damit dann bei den Haushaltsberatungen 2003 beraten werden kann.

18 : 7

Antrag Freie Wähler; Erlebnisbad Städtedreieck, Antrag auf Bürgerentscheid bei Bundestagswahl

Sachverhalt:

Der Antrag lag allen Stadträten vor.

Bgm.Richter berichtete über ein Gespräch in der vergangenen Woche in Burglengenfeld. Dort ist eine neue Kostenstudie vorgestellt worden. Nach der Analyse und Maßnahmenempfehlung des Büros GMF ist **bisher** mit einer Investitionshöhe von **12 Mio. DM** gerechnet worden. In der Vorplanung mit Kostenschätzung kommt das Büro Peithner, Regensburg, nun dazu, dass **bei einem 50 m Becken 12,228 Mio. €, bei einem 25 m Becken 11,684 Mio. €** zu erwarten sind.

Baurecht für diese Parzelle kann nur geschaffen werden, wenn die Stadt über eine Einbeziehungssatzung den Willen bekundet, dass dort gebaut werden kann. Eine Einbeziehungssatzung ist wie die Satzung in einem Bebauungsplan. In einem Verfahren wird Baurecht geschaffen. Dafür muss ein Plan und ein Erläuterungsbericht in mehrfacher Ausfertigung erstellt werden. Die Stellungnahme der Fachbehörden ist notwendig. Nach einem Beschluss des Stadtrates für eine Einbeziehungssatzung ist ein zweiter Satzungsbeschluss notwendig.

Die Kosten des Verfahrens hat das Büro Preihsl & Schwan mit pauschal 600 € angegeben. Diese Kosten sollen auf jene Grundstücke verteilt werden, die einen Vorteil von der Satzung haben, also Baurecht erlangen.

Das Verfahren regelt sich nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB.

Text:

Einzelne Außenbereichsflächen können in die im Zusammenhang bebauten Ortsteile einbezogen werden, wenn die einbezogenen Flächen durch die bauliche Nutzung des angrenzenden Bereichs entsprechend geprägt sind.

Der Grund ist darin zu finden, dass die gesamte technische Anlage erneuert werden muss.

Die Verwirklichung eines solch großen Projekts sei damit in weite Ferne gerückt, die Wirtschaftlichkeit in Frage gestellt.

Beschluss:

Der Antrag, über die Zukunft eines Erlebnisbades durch einen Bürgerentscheid abzustimmen, wird abgelehnt.

21 : 4

Antrag Freie Wähler; Tierheim im Städtedreieck, Finanzmittel für den Ankauf eines Grundstücks und Bau eines Tierheims

Sachverhalt:

Der Antrag lag allen Stadträten vor.

Beratung:

Der Vorsitzende erklärte, dass er den Tierschutzverein nochmals aufgefordert hat, einen Finanzierungsplan für die Investitionen und den Unterhalt vorzulegen und sich zur Trägerschaft bzw. zum Standort zu bekennen. Er habe den Tierschutzverein auch zu einem Gespräch eingeladen. Das soll nun am 12.08.2002 um 9.00 Uhr stattfinden.

Die Bürgermeister im Städtedreieck haben zudem vereinbart, das Thema auf die nächste Sitzung des Arbeitskreises Städtedreieck zu setzen, die am 01. Oktober stattfindet.

StR Jäckl bat darum, dieses Gespräch erst um 17.00 Uhr anzusetzen und dazu auch die Fraktionsvorsitzenden einzuladen.

Bgm.Richter erklärte, dass dagegen nichts einzuwenden wäre.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt den Antrag zum Bau eines Tierheims im Städtedreieck zur Kenntnis. Vor einer weiteren Entscheidung sind die Beratungen im Arbeitskreis Städtedreieck am 01.10.2002 abzuwarten.

25 : O

Antrag Freie Wähler; Zukunftskonzept für den Kernstadtbereich

Sachverhalt:

Der Antrag lag den Stadträten vor.

Beratung:

Der Vorsitzende verwies darauf, dass gegenwärtig ein städtebauliches Entwicklungskonzept unter Einbindung der Agenda Arbeitskreise erarbeitet wird und dass der Endbericht des gemeinsamen Entwicklungskonzeptes für das Städtedreieck "ROECK" bevorsteht.

Diese beiden Entwicklungskonzepte werden wichtige Erkenntnisse bringen. Dazu gehört auch, dass wir gegenwärtig über das Sondergebiet Grundschule/Mehrzwekhalle/Einkaufszentrum diskutieren. Bevor weitere Überlegungen angestellt werden, müssen diese Ergebnisse auf dem Tisch liegen. Das sei eine gute Basis für weitere Ermittlungen.

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt. Bevor weitere Überlegungen angestellt werden, muss das Ergebnis des städtebaulichen Rahmenkonzepts und des gemeinsamen Entwicklungskonzeptes im Städtedreieck abgewartet werden.

21 : 4

Die **Aufstellung des Haushalts** gestaltete sich diesmal noch **ungleich schwieriger** als in den vergangenen Jahren. Dabei geht es der Stadt nicht viel anders wie umliegenden Städten und Gemeinden im Landkreis oder in Bayern.

Das heißt, die derzeitige **schwierige** Situation der **Gemeindefinanzen** wurde nicht von uns herbeigeführt. Ihre Ursachen liegen außerhalb unseres Zuständigkeitsbereichs und unserer Einflussmöglichkeiten.

Einbrechende Gewerbesteuern, erhöhte Umlagen und sinkende Einnahmen der Kommunen machen eine erhebliche Verschlechterung der finanzwirtschaftlichen Gesamtsituation in unserem Land deutlich, die alle Gemeinden zwingt, die gegenwärtige Lage nüchtern zu analysieren und präzise Schlussfolgerungen zu ziehen. Dem trägt auch unser Haushalt Rechnung.

Erlass der Haushaltssatzung 2002

Bürgermeister Detlev Richter

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,
gemeinsam mit dem Kämmerer lege ich Ihnen den Entwurf des Haushalts 2002 sowie den Finanzplan der Stadt Maxhütte-Haidhof bis zum Jahr 2005 vor.

Die Finanzverwaltung hat in enger Abstimmung mit mir in den vergangenen Wochen mit großer Sorgfalt, ja akribisch genau, an der Erstellung des Haushaltsplanes gearbeitet.

Der vorgelegte Entwurf ist in seinen Erläuterungen sehr ausführlich und für jeden nachvollziehbar dargestellt.

Vorweg gilt deshalb **mein Dank unserem Kämmerer Herrn Karl Peter Würstl** und seinen Mitarbeitern sowie eigentlich allen Referaten im Hause. Ausdrücklich danke ich der Kämmerei auch für den anschaulichen Vorbericht.

Der nun vorliegende Entwurf wurde in mehreren vorberatenden Sitzungen des Finanzausschusses erörtert, ergänzt und überarbeitet. Was ich Ihnen in Übereinstimmung mit der Verwaltung vorzulegen und zu begründen habe, ist nicht ein Programm der reichen Erfüllung aller Erwartungen, sondern es ist das Ergebnis intensiven Nachdenkens über die äußersten Grenzen des Möglichen.

Was Ihnen zur Entscheidung übergeben wird, ist ein **Haushalt echter Schwerpunkte** und klaren Verantwortungsbewusstseins, ein Haushalt des zuverlässigen Handelns in einer schwierigen Zeit.

Wir halten auch unter den sehr viel schwieriger gewordenen Rahmenbedingungen an unserer finanzpolitischen Grundüberzeugung fest.

Die Erfahrung hat gezeigt:

Erfolgreiche Kommunalpolitik ist nur auf der Grundlage stabiler Gemeindefinanzen möglich. Ohne unsere Politik des Sparsens und Investierens wäre in den vergangenen Jahren die erfolgreiche Entwicklung von Maxhütte-Haidhof zu einem Standort mit Zukunft nicht gelungen.

Aufgrund unserer soliden Haushaltspolitik in den zurückliegenden Jahren bin ich mir ziemlich sicher, dass wir auch die derzei-

tigen finanzpolitischen Stürme überstehen werden. Die **Gewerbesteuereinbrüche** in Millionenhöhe, die Verringerung der **Schlüsselzuweisungen**, die Erhöhung der **Kreisumlage** oder die Erhöhung der Solidarumlage sind natürlich Eckdaten, die schwer auf uns lasten und uns zu einer konsequent zurückhaltenden Ausgabenpolitik zwingen.

Allein die Kreis- und Solidarumlage belastet den Haushalt mit hohen Ausgabeansätzen von zusammen knapp 3 Millionen Euro.

Dem gegenüber steht auf der Einnahmenseite eine Einkommensteuerbeteiligung von rund 2,85 Mio. Euro. Das heißt, uns bleibt davon nichts. Die Einkommensteuer wird allein für Kreis- und Solidarumlage vollständig aufgezehrt.

Hinzu kommen noch **Mindereinnahmen** bei den Schlüsselzuweisungen von rund 340.000 Euro.

Dass es uns trotz dieser schlechten Rahmenbedingungen gelungen ist, den Verwaltungshaushalt von rund 10,3 Mio. Euro nicht nur auszugleichen, sondern auch die Mindestzuführung ohne Kreditaufnahme zu erreichen, ist natürlich erfreulich, vielen anderen Kommunen ist das nicht gelungen.

Besonders bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass dieses Ergebnis erreicht werden konnte, ohne die Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer zu erhöhen. Auch die Gebühren für Wasser, Kanalbenutzung und Friedhöfe mussten nicht erhöht werden.

Für Pessimismus besteht somit kein Anlass. Wir haben Mut zur Zukunft, auch in schwieriger Zeit. Ein Gesamthaushaltsvolumen von rund 13,8 Mio. Euro ist immer noch sehr stattlich und kann immer noch wirtschaftliche Impulse geben.

Innerhalb des Gesamthaushalts belaufen sich die Ansätze des **Vermögenshaushalts** auf rund 3,5 Mio. Euro. Dies ist eine immer noch hohe Investitionsquote und ein Spitzenwert unter Städten vergleichbarer Größenordnung.

Allerdings kann dieses Volumen nur durch die Aufnahme eines **Darlehens** von 1,65 Mio. Euro finanziert werden, was einer Netto-Neuverschuldung von rund 1,4 Mio. Euro entspricht.

Zur Vermeidung einer höheren Fremdfinanzierung haben wir **nur die absolut notwendigen zwingenden Ausgaben angesetzt**. Es werden im Wesentlichen die bereits begonnenen Maßnahmen veranschlagt. Neu hinzugekommen sind die Ansätze für die Anfinanzierung des Geh- und Radweges zwischen Pirkensee und der B 15 sowie für den evangelischen Kindergarten.

Es gibt also hier kein **unkontrolliertes Verteilen von Wohltaten**, sondern es handelt sich um Investitionen in die Zukunft.

Die Neuverschuldung selbst ist ein gewaltiger finanzieller Kraftakt der Stadt, der sich in absehbarer Zeit nicht wiederholen darf. Er ist aber auch erforderlich, um die notwendigen Investitionsmaßnahmen der Vorjahre fortzuführen.

Dieser Haushalt macht hoffentlich allen Stadträten klar, wie eng und schmal das finanzielle Korsett der Stadt in diesem Jahr geworden ist und wie stark wir uns in diesem Jahr verschulden müssen, um große Investitionsvorhaben finanzieren zu können.

Schon jetzt zeichnet sich eine Daueraufgabe des neuen Stadtrates deutlich ab. Wir müssen noch mehr lernen, **das Notwendige vom Machbaren und Wünschenswerten zu unterscheiden**. Die Prioritätensetzung wird auf jeder Tagesordnung oben anstehen.

Dass mit diesen Zwängen auch die eine oder andere unpopuläre Entscheidung verbunden ist oder verbunden sein wird, erscheint mir zwangsläufig.

Ich hoffe und wünsche sehr, dass wir dann die Kraft haben, gemeinsam diese Entscheidungen zu tragen und niemand sich der Verantwortung entzieht. Wenn zu wenig Geld da ist, muss bei den Neuinvestitionen natürlich gespart werden, auch bei besonders dringenden. D.h. nicht, dass sie künftig nicht mehr getätigter werden sollen. Wir werden verwirklichen, was wir uns vorgenommen haben. Aber eben nicht in diesem Jahr oder im nächsten Jahr.

Schon heute ist absehbar, dass sich erhebliche zeitliche Verschiebungen ergeben werden. Eine konsequent zurückhaltende Ausgabenpolitik ist unabdingbar. Vor allem im Hinblick darauf, **dass wir dem Neubau der Grundschule mit Mehrzweckhalle obersten Vorrang einräumen** und dieses Projekt sobald als möglich verwirklichen wollen.

Zu diesem Zweck haben wir ja auch ein Gutachten der Bayerischen Landesbank machen lassen.

Wenn also der Stadtrat diesen Haushalt beschließt und auch dem Finanzplan zustimmt, werden wir das Gutachten der veränderten Situation anpassen. Die für notwendig erachteten neuen Maßnahmen werden in den Haushalten der nächsten drei Jahre sichtbar.

Ich möchte aber davon absehen, auf das Zahlenwerk des Haushalts in allen Einzelheiten einzugehen. Ich darf dazu auf den Ihnen vorliegenden Haushaltsvorbericht verweisen, der die wichtigsten Investitions schwerpunkte verdeutlicht, die sich im übrigen auf das gesamte Stadtgebiet verteilen.

Die begonnenen Investitionen werden abfinanziert und verschiedene Maßnahmen fertiggestellt.

Aus der Aufstellung der Ausgaben geht deutlich hervor, **dass dieser Haushalt kein Sparhaushalt ist**. Dennoch wird die Pro-Kopf-Verschuldung am Ende des Jahres immer noch weit unter dem Landkreis- und Landesdurchschnitt liegen.

Der Finanzplan für die kommenden drei Jahre wurde mit der Maßgabe erstellt, dass **keine weitere Netto-Neuverschuldung** erfolgt. Die noch anstehenden Investitionen sind darin ersichtlich. Erst in den Folgejahren wird sich, soweit dies zum jetzigen Zeitpunkt vorhergesagt werden kann, die finanzielle Situation der Stadt wieder verbessern. Dies bedeutet allerdings auch, verbreitetem Anspruchsdenken muss mit hartem Realismus begegnet werden. Das Niveau der Jahre 1998 bis 2000 wird in absehbarer Zeit nicht mehr erreicht werden.

Der Finanzplan hängt allerdings auch von den äußeren Bedingungen ab. Die Gewerbesteuer darf nicht noch weiter einbrechen und die Schlüsselzuweisungen müssen wieder steigen. Die Stadt jedenfalls wird die angekündigten Beratungen der Arbeitsgruppe des Bundes zur Reform der Gemeindefinanzen aufmerksam verfolgen.

Nun aber zurück zum Haushalt.

Nun aber darf ich Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren bitten, den Entwurf des Haushalts 2002 in der gebotenen nüchternen Erkenntnis der uns finanzpolitisch gesetzten Grenzen zu beraten. **Hohes Verantwortungsgefühl für die kommunalen Finanzen setze ich dabei bei allen Stadtratsmitgliedern als selbstverständlich voraus.**

Kämmerer Karl Peter Würstl

Der Vorbericht gibt einen Überblick über den Stand und die Entwicklung der Haushaltswirtschaft. Seine Aufgabe besteht darin, das umfangreiche und komplizierte Zahlenwerk des Haushalts in verständlicher Form darzustellen.

Gesamtansatz 2001: 15 582 181 €

Kassenlage

Die Jahresrechnung 2001 mit einem Ist-Fehlbetrag von 166 843,64 € wurde am 28.03.2002 im Stadtrat bekanntgegeben.

Vermögen

ist in Anlagennachweisen erfasst.

Restbuchwerte:

Wohnhäuser 2 771 509 €, Sporthallen 853 397 €, Kanalisation 15 962 072 €, Friedhöfe 199 455 €, Wasserversorgung (ohne neues Wasserwerk) 1 404 008 €

Steuerkraft

Errechnet aus den Zahlen des Jahres 2000

Diesbezügliche Faktoren:

Grundsteuer, Einkommensteuer, Gewerbesteuer, Umsatzsteuer.

2002 auf **561,76 € je Einwohner** (Landkreis 545 €/EW, Landesdurchschnitt 788 €/EW) gestiegen.

Der Entwurf des städtischen Haushalts für das Jahr 2002 steht unter dem **Leitgedanken „Mut zur Zukunft – auch in schwieriger Zeit“**.

Er gründet auf einer realistischen Analyse der Gegenwart und er ist sich der Verantwortung gegenüber der Zukunft bewusst. Er ist und bleibt ein sicheres Fundament für die konsequente Fortentwicklung unserer Stadt zu einem modernen Gemeinwesen.

Wir werden uns weiter einsetzen für ein erfolgreiches Maxhütte-Haidhof.

Unsere Stadt soll modern sein, aber Heimat bleiben, in der Kultur, Brauchtum und Individualität ihren Platz haben. Kurz: eine Heimat, in der es sich leben lässt.

Verwaltungshaushalt - Einnahmen

Grundsteuer A und B 578 600 €
Gewerbesteuer 2 067 000 €

Der Einbruch der Gewerbesteuer 2001 um rd. 65 % im Vergleich zu 2000 beeinflusst wesentlich den Haushalt 2002. Die Gewerbesteuer 2002 baut auf eine außerordentliche Gewerbesteuernachzahlung eines Betriebes auf. Die Gewerbesteuer wird sich in den kommenden Jahren auf 1,5 Mio. € einpendeln. Der Stadt verbleibt von den Gewerbesteuereinnahmen nur etwa 1/3.

Schlüsselzuweisungen

688 600 € = 338 943 € weniger als im Vorjahr.

Gebühren 1 062 000 €

Einnahmen aus Mieten, Pachten 683 000 €

Verwaltungshaushalt - Ausgaben

Zinsen für Kredite	335 000 €
Kreisumlage 42 %	2 774 500 €
Personalausgaben	2 323 000 €
Unterhaltsmaßnahmen	137 000 €
Bewirtschaftungskosten	398 400 €
Solidarumlage	597 600 €

Einkommensteuer

Die beständige Einnahmeart des Verwaltungshaushalts mit 2 859 800 € wird in diesem Jahr fast vollständig von der Kreisumlage mit 2 774 500 € aufgesogen. Die Stadt finanziert mit fast 5,5 Mio. DM den Haushalt des Landkreises.

Schulden

Zum 01.01.2002 4 519 000 €, zum Ende des Haushaltsjahres vsl. 5 862 200 € = Pro-Kopf-Verschuldung von 560 €/EW (Landkreis 724 €, Bayern 1 060 €)

Kostenrechnende Einrichtungen

Kanalisation - 127 500 € = 81,29 %,
Friedhöfe - 21 100 € = 39,89 %
Kostendeckung:
Bei der Wasserversorgung und den Wohnhäusern liegt Kostendeckung vor.

Zuführung an den Vermögenshaushalt

225 700 € (Vorjahr 483 900 €), Mindestzuführung 217 300 €

Hebesätze unverändert

Grundsteuer A + B 250 %
Gewerbesteuer 300 %

Stellenplan und Stellenübersicht

Beamte	7
Angestellte	16
Arbeiter	20
Azubi	1
ABM	12

Vermögenshaushalt - Einnahmen

3 527 300 €

Zusammenfassung:

Stadtkämmerer Karl Peter Würstl unterstrich, dass dieser Haushalt die konsequente Investitionspolitik der Stadt aus den vergangenen Jahren fortsetzt und dabei dieses Jahr von dem Grundsatz, **keine Netto-Neuverschuldung** durchzuführen, abweicht.

In den Haushaltsberatungen sei ein Paket von 1,8 Mio. € an Investitionen aus dem Entwurf herausgenommen worden. Diese Investitionen finden sich in der kommunalen Finanzplanung der Jahre 2003, 2004 und 2005 wieder. Es sind dies die Kanalisation in Kappl, das Deckenbauprogramm, das Straßenbeleuchtungsprogramm und Investitionen für die Feuerwehren in Rappenbügl, Winkerling, Leonberg und Pirkensee.

Vor dem **Großprojekt Grundschule und Mehrzweckhalle** mit etwa 15 Mio. € sei es unumgänglich, nach dem Jahr 2002 keine Netto-Neuverschuldung mehr einzugehen. Die **Finanzplanung** gehe von dieser Leitlinie aus. **Den Stadtrat erwarte also eine hohe Ausgabendisziplin.** Dieser Grundsatz sei eine unabdingbare und festgeschriebene Tatsache dafür, dass sich der Stadtrat an das Großprojekt Grundschule und Mehrzweckhalle heranwagen kann. Nur so ist dieses Vorhaben zu finanzieren, mittelfristig abzuwickeln und in seinem Restbuchwert in den ordentlichen Haushalt zu übernehmen.

Vermögenshaushalt - Ausgaben

SPD-Fraktion, 2.Bgm. Günther Hochstetter

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrates,

der Haushaltsplan 2002 ist zu dieser späten Zeit Anfang August bereits mehr als Planung, einfach auf Grund der Tatsache, weil das 1. Halbjahr bereits vorbei ist. Diese Tatsache macht es uns leichter, weil unerwartete Ereignisse uns weitgehend nicht mehr treffen sollten.

Investitionsschwerpunkte: Wasserwerk 690 000 €, Kindergarten 150 000 €, Bahnhofsvorplatz 310 000 €, Geh- und Radwegbrücke 140 000 €, Geh- und Radweg Pirkensee 50 000 €, Grundschule 100 000 €, Baugebiete 256 500 €, Ludwig-Uhland-Straße 75 000 €

Wir haben uns im **vergangenen Jahr** eingehend mit der Haushaltssituation befasst und sehr wohl erkannt, dass uns die Rückzahlung der Gewerbesteuer Flick von ca. 700 000 DM mit dem gleichen Betrag dazu nochmals an Zinsen stark belastet. Belastet deshalb, weil diese Forderung in einer schwierigen Haushaltssituation kommt, die uns bereits im letzten Jahr sehr gefordert hat, der wir in diesem Jahr aber nicht mehr ausweichen können.

Verpflichtungsermächtigungen des Haushaltsjahres 2000 für Verbesserung der Wasserversorgung, insbesondere den Neubau des Wasserwerkes, wurden dieses Jahr vollzogen. Sie sind der Investitionsschwerpunkt im Vermögenshaushalt.

1 Mio. DM Ausfall von Zuschüssen bei der Wasserversorgung des Jahres 2001 sind ein weiteres Merkmal, das uns belastet und das sich im geringen Sollüberschuss, oder wenn Sie es so wollen, im Ergebnis der Jahresrechnung 2001 gezeigt hat.

Da soll es doch tatsächlich Stadträte geben, die sagen, das Rechnungsergebnis des Jahres 2001 war uns nicht bekannt oder wir hätten 2001 das Geld mit vollen Händen ausgegeben.

Tatsache ist, dass der Stadtkämmerer die Jahresrechnung am 28.03.2002 vorgetragen hat und jeder Stadtrat sie im Protokoll nachlesen kann. Wer denn meint, **6 Millionen Investitionen in die Verbesserung der Wasserversorgung** wäre fürs Fenster rausgeschmissenes Geld, der soll diese Meinung ruhig behalten. Er steht damit alleine und wird nicht einmal einen Diskussionspartner, geschweige denn einen Streitpartner finden.

Aber nun zurück zu 2002. Die Haushaltseratungen in diesem Jahr waren immer wieder geprägt von der Frage:

Wo kommt dieser Einbruch her?

Der Kämmerer hat an unsere Adresse, so denke ich, zimal, auch heute wieder, die einfache Antwort gegeben, schaut euch den Einbruch bei der Gewerbesteuer, die höhere Solidarumlage, den Kraftakt bei der Kreisumlage, **die verringerten Schlüsselzuweisungen an**, dann brauchen wir nicht mehr tief in die Diskussion einzusteigen.

Wir danken dem Stadtkämmerer und der Stadtverwaltung, dass sie den Auftrag von Bürgermeister Richter konsequent erfüllt haben und uns einen **Verwaltungshaushalt** vorlegen, der auf das unbedingt Notwendige beschränkt ist.

Wir sehen ein, dass dies auch im **Vermögenshaushalt** passieren musste und denken, dass wir uns in diesem schwierigen Haushaltsjahr 2002 mit einem **Investitions haushalt von 3,5 Millionen €**, in unserer alten Denkweise 7 Millionen DM, doch durchaus sehen lassen können.

Der Vermögenshaushalt hat ein Volumen, wie dies die Haushalte der vergangenen 10 Jahre im Durchschnitt hatten.

Wer also in dieser Richtung in diesem Jahr von einem **Sparhaushalt** spricht, der sollte sich erst informieren und einlesen.

Wir stellen zufrieden fest, dass es auch bei den kostenrechnenden Einrichtungen durchaus gut ausschaut.

Ob wir uns bei den **Bestattungseinrichtungen** und bei der **Abwasserbeseitigung** künftig etwas überlegen müssen, denke ich, bleibt einer gesonderten Sitzung vorbehalten.

Dieser Haushalt, meine Damen und Herren, fordert uns nicht nur bei der Auswahl des Machbaren, sondern geht auch an die Grenze dessen, was wir als Stadträte bei der Verschuldung verantworten können.

Eine Neuverschuldung mit 1,65 Mio. € ist, wie der Bürgermeister bereits gesagt hat, ein einmaliger Kraftakt.

Was beunruhigt uns denn dieses Jahr so an diesen Zahlen? **Es ist wohl die Erkenntnis**, dass die Einnahmen des Verwaltungshaushaltes, aber auch des Vermögenshaushaltes erheblich zurückgehen, **dass unser liebgewordenes Kind**, die Investitionen des Vermögenshaushaltes, in diesem Jahr weitgehend auf Maßnahmen beschränkt werden, **die bereits im letzten Jahr beschlossen**, aber dieses Jahr erst kassenwirksam werden.

Wir müssen deshalb notwendige Investitionen, wie den Kanal in Kappl oder bei den Feuerwehren in Rappenbügl, Ponholz, Winkerling und Pirkensee verschieben.

Kein Pfennig oder Cent für Dorfverschönerung haben wir bei den Vorberatungen gehört. Ich sage:

Ist denn die Investition im Umfeld des Bahnhofes, die größte Investiton in diesem Jahr nach dem Wasserwerk, keine Maßnahme der Stadtentwicklung und Ortsverschönerung?

Da liegt mit noch ein Thema am Herzen.

Wenn der Bürgermeister abstimmen lässt, **ob denn alle eine neue Grundschule wollen**, dann gehen 24 Hände hoch.

Wenn er sagt, **ob wir diese Grundschule so schnell wie möglich wollen**, gehen auch 24 Hände hoch.

Wenn er fragt, **ob wir denn nur das Beste wollen für unsere Kinder**, gibt es keinen Zweifel, es gehen wieder 24 Hände hoch.

Und was passiert dann?

Ein neues Konzept wird vorgelegt und wir streiten uns wieder auf dem Weg zum Ziel.

Das kann und sollte nicht Stil unserer Politik sein. Wenn wir uns über den Haushalt 2002 hinaus zu diesem Großprojekt Grundschule und Mehrzweckhalle zusammenfinden wollen und dies wohl auch müssen, dann geht es nach dem Bürgerentscheid doch nicht frontal, sondern nur einvernehmlich. Die Kinder, die Eltern, die Schule werden uns dafür danken.

Meine Damen und Herren,
ich danke dem Stadtkämmerer und seinen Leuten in der Finanzverwaltung, der gesamten Stadtverwaltung, allen voran Bürgermeister Detlev Richter für die gute Arbeit, die mit diesem Haushalt geleistet worden ist.

So können sich Bürgermeister und Stadtkämmerer unserer Unterstützung sicher sein, wenn es darum geht, einen Haushalt **ohne "Sahnehäubchen"** zu beschließen.

Die Finanzplanung für die kommenden 3 Jahre zeigt aber leider auch, dass sich die Einnahmesituation nicht wesentlich verbessern wird.

Und hier setzt meine Hoffnung an:
Ich hoffe und wünsche dem Stadtkämmerer, dass seine Vorausschau **nicht** zutrifft und wir uns im nächsten Jahr mit erfreulicherem Eckdaten befassen können.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushalt 2002 und damit der Haushaltssatzung zu.

CSU-Fraktion, Stadtrat Josef Stadlbauer

Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

mit Vorlage der Zahlen für den Haushalt 2002 musste nun auch die Stadt Maxhütte-Haidhof zugeben, dass ihr momentan gewaltig die Luft ausgeht. Neuinvestitionen sind in diesem Haushalt eher ein Fremdwort. Zur Finanzierung von Leistungen im Vorjahr ist die Aufnahme von Krediten in Höhe von 1,5 Mio. € erforderlich.

Begonnene Maßnahmen, wie die Wasser-versorgung, werden nicht fortgeführt. Neue Maßnahmen, wie der dringend notwendige Kanal in Kappl, werden verschoben und somit einfach auf später vertröstet.

Was aber heißt später?

Die einzige Erläuterung, die ich hier zu erhalten habe heißt: Später heißt auf jeden Fall nicht heuer.

Wann aber dann?

Und genau hier setzt unsere Kritik an, nämlich an der fehlenden vorausschauenden Planung. Der finanzielle Einbruch war voraussehbar. Und da hätte man bereits früher reagieren müssen.

Das geschah aber nicht. Man war sogar bereit, dem Bürger den Bau einer Schießhalle mit ca. 1 Mio. € Zuschuss und weiteren ca. 50 000 € jährlich zum Unterhalt zuzumuten.

Hinzukommt, dass für die **Grundschule** in den Jahren 1999, 2000 und 2001 insgesamt 2,3 Mio. € ausgegeben wurden, wovon lediglich etwa die Hälfte als echte Investition zu sehen ist.

Der Bau der Straßenbrücke in Haidhof und die filigrane Hängebrücke wären nicht notwendig gewesen. Da hätte man schon viel Geld sparen können.

Und da nun die von uns geforderte **Bahn-unterführung** doch kommt, ist die Fußgängerbrücke beweisbar überflüssig.

Man wirft den Kommunen nun ja allgemein vor, sie hätten bisher über ihre Verhältnisse gelebt und müssten nun dafür die Zeche zahlen. Aber ganz so ist das nicht. Daran ist die Bundespolitik schuld. Dort werden die schlechten Rahmenbedingungen geschaffen.

Gewiss, wir sind hier auch von der Steuer-rückzahlung an den Flick-Konzern gebeutelt. Aber den erheblichen Teil der Schuld trägt der Bund:

- man kürzt den Gewerbesteueranteil der Kommunen, bleibt aber die Ausgleichsmaßnahmen schuldig,
- man schiebt 100 Milliarden € für die UMTS-Lizenzen ein, gibt nichts nach unten weiter. Wir sind das Opfer, weil wir keine Steuereinnahmen haben und noch dazu erhebliche Rückzahlungen leisten müssen.

Wenn aber unsere Einnahmen schwinden, wir keine Investitionen tätigen, leidet darunter die Wirtschaft. Arbeitsplätze gehen verloren, Steuereinnahmen sinken, deshalb hat die öffentliche Hand noch weniger Geld. Es ist ein Teufelskreis.

Wie aber soll's nun weitergehen?
Der Finanzplan zeigt bereits den Haushaltspan für nächstes Jahr.

Heuer verschobene Maßnahmen müssen nächstes Jahr durchgeführt werden, z.B. evang. Kindergarten, FFW Meßnerskreith, Leonberg, Ponholz, Druckverstärkung Meßnerskreith-Katzheim-Eichelberg, Kanal Kappl, Geh- und Radweg Pirkensee usw.

Das heißt, wir können nächstes Jahr nur darüber entscheiden, was wir weglassen, nicht was wir hinzutun.

Wie aber soll das weitergehen, wenn dazwi-schen kein Wunder geschieht?

Wie wollen wir eine Schule und Mehr-zweckhalle bauen? Wie soll finanziert werden? Die fehlenden Antworten auf meine Fragen zeigen, wie blank die Nerven liegen.

Und nun zum vorliegenden Haushaltsentwurf!

Einen Kraftakt kann ich hier nicht erkennen. Wo ist die Leistung, ohne Prioritäten zu setzen, einfach alles ruhenlassen und hoffen, dass es irgendwann von selbst wieder besser wird. Wir verstehen es nicht, dass man nicht einmal die 60 000 € für die FFW Meßnerskreith aufbringt.

Die Druckverstärkung Meßnerskreith-Katzheim-Eichelberg wurde bereits im letzten Jahr beschlossen, gebaut wird sie nicht.

Der zusätzliche Brunnen bei Leonberg ist längst überfällig. Er war für heuer im Finanzplan, kommt aber wieder nicht.

Ich verstehe auch nicht, dass man die 15 000 € für ein dringend notwendiges **Einsatzfahrzeug** für die FFW Ponholz nicht aufbringen will, dafür aber Geld für einen Anhänger.

Wir tragen es auch nicht mit, dass die bisher gewährte **Beförderungsfreiheit** für Grund- und Hauptschüler einfach gestrichen wird. Es wäre so einfach gewesen, in einem Probejahr mit den Eltern halbe/halbe zu machen und dann erneut zu entscheiden. Sie wollten nicht. Ob Sie aber die Folgen Ihrer Entscheidung sehen? Wenn der Busunternehmer jährlich 60 000 € verliert?

Kanalisation ist Umweltschutz. Wo ist der Kanal Kappl?

Wir vermissen ein Konzept zur Finanzierung der Grundschule und Mehrzweckhalle. Lediglich 10 000 € wurden die nächsten 3 Jahre im Finanzplan dafür vorgesehen.

Es kann auch nicht sein, dass man nun erneut gegen uns eine Standortentscheidung zur Grundschule trifft, ohne die von uns gestellten Fragen zu beantworten.

Es ist vielmehr ein **Panikhaushalt**, der **keine Zukunftspläne** schmiedet, **keine Visionen** enthält und all das weglässt, was not-

wendig ist, um am Schluss noch die gesetzlich vorgeschriebene Zuführung zum Vermögenshaushalt zu erreichen.

Der vorgelegte Haushaltsentwurf sowie die dargebotene Finanzplanung finden nicht unsere Zustimmung.

Freie Wähler, Stadtrat Hans Jäckl

Ein Haushalt soll immer Bilanz ziehen. Diese Bilanz fällt schwach, fällt enttäuschend aus. Wir stehen vor vernichtenden Haushaltsdaten, weil nicht richtig gewirtschaftet wurde. Dies hat der Bürgermeister und die SPD zu vertreten. Wenn ein Leitbild fehlt, gerät die Stadt eben in eine Schieflage. Schuld daran ist nicht die allgemeine Wirtschaftslage, sondern das schlechte Wirtschaften vor Ort. Dieser Haushalt 2002 ist deshalb ein Offenbarungseid.

Der Einnahmeausfall war abzusehen. Es ist schlimmer und dramatischer geworden als wir jemals erwartet haben. Ein hoher Schuldenberg und keine Leistung, keine Aussicht auf Besserung.

Nun diese verheerende Situation, wo wir am Beginn der Realisierung des Großprojektes Grundschule und Mehrzweckhalle stehen. Das Projekt wird im übrigen seit nunmehr 6 Jahren verschleppt.

Wenn die Freien Wähler dann ein Konzept für Maxhütte anmahnen, so wird es abgelehnt. Auch die Anträge der Freien Wähler zum Haushalt werden verworfen.

Die Freien Wähler erkennen im Haushalt einen großen Einschnitt in das soziale Netz und keine Zukunftsideen. Jede Initiative wird abgeblockt, mit der Agenda geht es nicht weiter. Die Zeche müssen die Bürger zahlen. Unsozial, investitionsfeindlich, nur Verwaltung des Stillstandes, eine katastrophale Situation.

Die Freien Wähler stimmen dem Haushalt nicht zu.

ARGE SBM/UFW, 3. Bürgermeister Johann Stadlbauer

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren des Stadtrates und
der Verwaltung,

die SBM und die Unabhängigen Freien Wähler sehen die Ansätze und die Schwerpunkte in diesem Haushalt grundsätzlich richtig gesetzt.

Mit diesem Haushalt 2002 sind wir trotz der angespannten Finanz- und Wirtschaftslage gut gerüstet.

Die Haushaltsentwicklung bei den Kommunen ist überwiegend geprägt durch wegbrechende Steuereinnahmen.

Man muss die Frage stellen, wie ein guter Haushalt zustandekommt. Es hängt von den Einnahmen ab, die von den Bürgern und den Unternehmen unserer Stadt geleistet werden.

Für die SBM/UFW ist nicht nachvollziehbar, dass die FW/UWM eine Flut von Anträgen stellen, ohne einen Deckungsvorschlag zu unterbreiten. Laut unserer Geschäftsordnung heißt es, Anträge, die Ausgaben verursachen, dürfen nur gestellt werden, wenn gleichzeitig Deckungsvorschläge gemacht werden. Das gilt auch für die FW/UWM.

Wir brauchen keine neuen Anträge für Gutachten und Zukunftskonzepte, solche liegen in der Schublade der Verwaltung, die allseits bekannt sind.

Ich erinnere an das Gutachten zur städtebaulichen Entwicklung des Kernbereichs der Stadt Maxhütte-Haidhof von Prof. Dr. Johannes Obst, die Dokumentation des städtebaulichen Ideenwettbewerbs "Maxhütte-Ost", Entwicklungskonzepte der Agenda Arbeitskreise, das gemeinsam in Auftrag gegebene Entwicklungskonzept für das Städtedreieck ROECK. Um nur einige aufzugreifen.

Der Stadtrat ist gefordert, die großen Themenbereiche anzugehen und nicht alles gleich immer zu zerreden.

Um nur einige Themenbereiche anzusprechen:

- Grundschule, Mehrzweckhalle,
- Versorgungseinrichtungen,
- Standortalternativen für die neu zu errichtenden Geschäfte,
- Einzelhandels- und Dienstleistungsbetriebe im Kernbereich von Maxhütte-Haidhof,
- Verkaufs-, Geschäfts- und Beschäftigtenanteile der Versorgungseinrichtungen,
- Verkehrsbelastungen im Kernbereich,
- Haushaltsbefragungen zum Einkaufsverhalten der Bevölkerung in Maxhütte-Haidhof

Die Entscheidungskompetenzen in der Stadt sind auf die beiden Hauptorgane "Stadtrat" und "Bürgermeister" verteilt.

Ich fordere den Stadtrat auf, seinen Auftrag als "Willensbildungsorgan" und "Kontrollorgan" gerecht zu werden. Dem Bürgermeister und der Verwaltung sind Vorgaben für die künftige Entwicklung zu machen. Die Ergebnisse sind in einem Maßnahmenkatalog zusammenzufassen. Der Bürgermeister und die Verwaltung sind zu beauftragen, den vorgegebenen Weg in Beschlüsse umzusetzen.

Unter dem Gesichtspunkt der Finanzierbarkeit der kommenden Haushalte sollte der Stadtrat in absehbarer Zeit die beabsichtigten Investitionsmaßnahmen im Einzelfall nochmals erörtern. Dabei obliegt es dem Stadtrat zu bestimmen, was geschehen soll. Die in den nächsten Jahren geplanten Investitionen verlangen vom Stadtrat große Disziplin in der Ausgabenpolitik

Die Aufnahme weiterer Darlehen in den kommenden Haushaltsjahren sollte vermieden werden. Darlehensaufnahmen durch die Stadt sind nur zulässig zur Bestreitung eines außerordentlichen Bedarfs, der unabweisbar ist und anderweitig nicht gedeckt werden kann.

Der Haushaltsplan 2002 dokumentiert, dass er trotz der verschlechterten allgemeinen Finanzlage weiterhin großzügig viele Interessen der Bürger unterstützt.

Insgesamt kann der Haushaltsplan als eine solide Fortführung der bisherigen Finanzwirtschaft akzeptiert werden, da er die Bedürfnisse der Bürger, auch in Bezug auf die Ortsteile, mehr als überdurchschnittlich zufriedenstellt.

Als schlichtweg eine Frechheit und Unverschämtheit ist die Stellungnahme der Freien Wähler zum Haushalt zu bezeichnen. Was sich Jäckl da geleistet, hat ist nicht mehr zu überbieten. Fordern, fordern, fordern, gleichzeitig kritisieren, kritisieren, kritisieren, finanzieren über Kredite und dann schimpfen über Schulden. So einfach ist das Geschäft aber nicht. Auch die Freien Wähler müssen sagen, wie etwas finanziert werden soll, wenn sie es beantragen. Wenn sie das nicht wissen, müssen sie mit Ablehnung rechnen.

Es ist ganz einfach, dem Bürgermeister die Schuld für etwas zu geben, das in den vergangenen Jahren der gesamte Stadtrat, auch die Freien Wähler, beschlossen haben. Wer sich so bloßstellt wie Jäckl, zeigt, dass er keine Ahnung von Kommunalpolitik hat.

Ich danke der Verwaltung und dem Bürgermeister, insbesondere dem Kämmerer Herrn Würstl für die Vorbereitung des Haushaltsplanes. Mein Dank gilt aber auch den Fraktionen, die den Haushaltsentwurf mit vorberaten haben. Denn all unsere Arbeit soll zum Wohl der Bürger sein.

In der Hoffnung, dass es uns auch in diesem Jahr gelingt, das Leben in unserer Stadt noch besser und schöner zu gestalten, **stimmt die Arbeitsgemeinschaft SBM/UFW dem Haushalt und der Haushaltssatzung ohne Einschränkungen zu.**

Zusammenfassung Bürgermeister Detlev Richter

Es ist mir klar, dass dieser Haushalt Widerspruch erzeugt, weil er nicht alle Wünsche erfüllt. Das kann aber nicht zu einer dümmlichen Argumentation führen, wie von den Freien Wählern vorgetragen. Das Ansehen des Stadtrates und der Stadt wird mit solchen Aussagen mit Füßen getreten, die Investitionsfreudigkeit gebremst und Investoren verschreckt.

Leere Sprüche und öffentlichkeitswirksame Scheinanträge sollen darüber hinwegdeuten, dass es am Grundwissen und an der Bereitschaft zur Mitarbeit und Verantwortung fehlt. So leicht aber lässt sich der Bürger nicht blaffen. Ich bin froh, dass wenigstens die CSU heute zu erkennen gibt, dass sie bei allem Gegensatz bereit ist, in grundsätzlichen Sachen an einem Strang zu ziehen.

Ich bin ja schon froh, dass dem Bürgermeister nur die Schuld für die Finanz-

situation in Maxhütte angelastet wird und nicht auch noch für die übrigen 32 Gemeinden im Landkreis Schwandorf oder im ganzen Land Bayern.

Geordnete und offensive Finanzpolitik zu betreiben, heißt eben, über **den Tellerrand hinauszuschauen** und sich in schwierigen Zeiten zu Maßnahmen durchzuringen, die uns in den kommenden Jahren einen Handlungsspielraum erhalten. Dazu gehört es eben, Maßnahmen zu verschieben. Ein Investitionspaket von 1,8 Mio. € ist deshalb im Haushalt 2002 über die Finanzplanung auf die Jahre 2003, 2004 und 2005 verschoben worden. Eine umsichtige, verantwortungsvolle und finanzwirtschaftlich gebotene Überlegung.

Niemand kommt darüber hinweg, dass 3,5 Mio. € oder 7 Mio. DM Vermögenshaushalt eben **kein Sparhaushalt** sind und die Stadt in diesem Jahr wieder **gewaltig investiert** und dies auch in den kommenden Jahren tun wird. Die Kraftakte des vergangenen Jahres müssen eben dieses Jahr ausfinanziert werden, bevor wir im nächsten Jahr wieder tatkräftig ans Werk gehen können.

Bei der heutigen Debatte wird mir bewusst, wie oberflächlich und verantwortungslos manche ihre Arbeit im Stadtrat sehen. Die Beschlüsse des Jahres 2001 interessieren nicht mehr. Auch die Verpflichtungsermächtigung gehen nur den Bürgermeister und nicht den Stadtrat etwas an.

So geht es nicht meine Herren von den Freien Wählern. **Schauen Sie sich die Beschlüsse des letzten Jahres an. Sie werden schnell feststellen, wie oft dort 21 Hände hochgegangen sind, darunter auch die ihren.** Der Haushalt 2002 stellt sich der schwierigen finanziellen Situation. Er ist es wert, sich damit zu identifizieren, um in der Hoffnung auf ein besseres Jahr 2003 dem Zahlenwerk zuzustimmen.

Darlehensverrentung

Beschluss:

Die Darlehensverrentung der Vereine wird im bisherigen Umfang auch in der Wahlperiode 2002 bis 2008 fortgeführt.

25 : O

Haushaltssatzung

Beschluss:

Die Stadt erlässt folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der **Haushaltsplan** für das Jahr 2002 wird festgesetzt. Er schließt im **Verwaltungshaushalt** in den Einnahmen und Ausgaben mit 10 250 500 € und

im **Vermögenshaushalt** in den Einnahmen und Ausgaben mit 3 527 300 € ab.

§ 2

Der Gesamtbetrag der **Kreditaufnahmen** für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 1 650 000 € festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht festgesetzt.

§ 4

Die **Steuersätze** (Hebesätze) für nachstehende Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer	
a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (A)	250 v.H.
b) für Grundsteuer (B)	250 v.H.
2. Gewerbesteuer	300 v.H.

§ 5

Der Höchstbetrag der **Kassenkredite** zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf 1 700 000 € festgesetzt.

§ 6

Weitere Festsetzungen werden nicht vorgenommen.

§ 7

Diese Haushaltssatzung tritt am 01. Januar 2002 in Kraft.

13 : 12

Finanzplan für die Jahre 2001 - 2005

Sachverhalt:

Stadtkämmerer Karl Peter Würstl legte den Finanzplan, das Investitionsprogramm und die Finanzierungsübersicht vor. Er erläuterte, dass darin die Daten für das vergangene Haushaltsjahr 2001 sowie für das Basisjahr 2002 und die Planjahre 2003, 2004 und 2005 enthalten sind. In diesem Zahlenwerk sind alle erkennbaren und möglichen Zukunftsinvestitionen veranschlagt. Der Finanzplan ist vom Stadtrat zu beschließen.

Beschluss:

Dem Finanzplan für die Jahre 2001 - 2005 wird zugestimmt.

13 : 12

Informationen aus dem Rathaus

Öffnungszeiten:

Montag bis Freitag	8.00 - 12.00 Uhr
Montag und Mittwoch	14.00 - 16.00 Uhr
Dienstag und Donnerstag	14.00 - 16.30 Uhr

Standesamt Juli 2002

Geburten 6, Sterbefälle 5, Eheschließungen 6

Geheiratet haben:

Christian Ecker und Sylvia Seebauer, Pirkensee

Hüseyin Dilekci, Winkerling und Kerstin Neuhierl, Maxhütte

Kay Kickel und Alexandra Winke, Maxhütte

Jörg Jüttemann und Beatrix Hofmann, Leonberg

Andreas Hofmann und Mandy Müller, Deglhof

Dieter Eisenhut und Christine Wein, Birkenhöhe

Herzlichen Glückwunsch!

Einwohnermeldeamt Juli 2002

Ein herzliches Willkommen unseren neuen Gemeindebürgern:

Einwohner	10 465
Anmeldungen	45
Abmeldungen	45

Passamt

Personalausweise und Reisepässe, die vor dem 28.06.2002 beantragt worden sind, sollen beim Passamt abgeholt werden.

Einwohnerzahlen Statistisches Landesamt - Stichtag 31.12.2001

1. Schwandorf	27 997
2. Burglengenfeld	11 799
3. Maxhütte-Haidhof 10 440	
4. Nittenau	8 405
5. Neunburg	8 316
6. Teublitz	7 497